

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 14.04.2011**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Zeit: 16:30 Uhr bis 18:00 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	Vertreterin für Herrn Andreas Schachtschneider
Herr Dr. Erwin Bartsch	Die LINKE.	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Robert Bonan	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Katja Raab	FDP	Vertreterin für Herrn Manfred Schuster
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Ute Borchert	SKE	
Herr Christian Weinert	SKE	
Frau Dr. Jeannette Drygalla	SKE	
Herr Sven Weise	LIGA	
Herr Tobias Kogge	BG	
Frau Sylke Bühler	Verw	
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw	
Herr Hans-Günter Schneller	Verw	
Frau Susanne Wildner	Verw	
Frau Annerose Winter	Verw	
Frau Petra Schneutzer	Verw	
Frau Andrea Simon	Verw	

Entschuldigt fehlen:

Herr Andreas Schachtschneider	CDU	vertreten durch Frau Ulrike Wünscher
Herr Manfred Schuster	FDP	vertreten durch Frau Katja Raab
Herr Manfred Czock	SKE	
Herr Mamad Mohamad	SKE	
Frau Brigitte Thieme	SKE	
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE	
Frau Ute Borchert	SKE	
Frau Annette Wunderlich	SKE	
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verw	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 22.3.2011
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Bericht zum Projekt Frauen-Nacht-Taxi
 - 7.2. Änderung der Satzung des Ausländerbeirates
Vorlage: V/2011/09629
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses. Sie informiert darüber, dass es Anfragen von Stadträten gab, ob die Sitzung wegen der geringen Tagesordnung nicht abgesetzt werden könnte. Sie betont, dass wenn eine Sitzung im Amtsblatt veröffentlicht wurde, diese auch durchgeführt werden muss. Auch wurde der Tagesordnungspunkt bezüglich des Berichtes des Jobcenters nicht aufgenommen. Sie bittet dies zu entschuldigen.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 22.3.2011

Die Niederschrift vom 22.03.2011 wird bestätigt.

zu 4 Beschlussvorlagen

keine

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

keine

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Eine Anfrage von Frau Tomczyk-Radji aus einer der vergangenen Sitzungen des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses wird durch Frau Schneutzer später unter Tagesordnungspunkt 8 beantwortet.

zu 7 **Mitteilungen**

Die Ausschussvorsitzende informiert darüber, dass es außer den beiden auf der Tagesordnung befindlichen Mitteilungen noch einige weitere gibt.

Frau Schneutzer teilt mit, dass es eine Änderung bezüglich der Freiraumregelung für Asylbewerber im Land Sachsen-Anhalt gibt. So können sich diese nun frei im Bundesland bewegen, Landesgrenzen dürfen von ihnen jedoch nicht überschritten werden.

Herr Schneller informiert über die Anhebung des Regelsatzes und des Warmwassergeldes, sowie darüber, dass die KdU- Richtlinie geändert und in das EDV- System eingepflegt wurde.

Frau Simon erläutert die Neuerungen im Bildungspaket. Das Gesetz hierzu trat am 01.04.2011 in Kraft. Die entsprechenden Regelungen sollen durch das Jobcenter für den Personenkreis des SGB II umgesetzt werden.

Derzeit erfolgen weitere Beratungen mit den jeweiligen Partnern, so unter anderem mit der Liga der freien Wohlfahrtspflege, Schulleitern/innen, Cateringunternehmen, Leiterinnen von Kindertagesstätten. Es soll nun eine schnelle Umsetzung erfolgen, da die Leistungen für das 1. Quartal 2011 rückwirkend erstattet werden und die Anträge hierfür bis spätestens 30.04.2011 gestellt sein müssen.

Frau Winter informiert darüber, dass gemäß Beschluss des Finanzausschusses der Ansatz bei den Suchtberatungsstellen um 26.000 € erhöht wurde. In der letzten Aprilwoche wird gemeinsam mit dem Saalekreis festgelegt, wer welche Summe bekommt.

zu 7.1 **Bericht zum Projekt Frauen-Nacht-Taxi**

Die Ausschussvorsitzende übergibt das Wort an Frau Wildner. Diese informiert darüber, dass bisher im Ausschuss eine regelmäßige Auswertung des Projektes „Frauen- Nacht –Taxi“ erfolgte. Sie erläutert, dass im Jahr 2006 der Umfang des Projektes aufgrund der Haushaltskonsolidierung von 10.000 auf 8.000 Gutscheine pro Jahr reduziert wurde und es sich um ein rein städtisch finanziertes Projekt handelt.

Frau Wildner führt aus, dass für jede Kundin eine separate Karteikarte angelegt wird, auf welcher Geburtsjahr, und Anschrift sowie die Anzahl der an die jeweilige Frau ausgegebenen Gutscheine vermerkt sind. Sie informiert über den Werdegang eines Gutscheines von der Ausgabe bis zur späteren Rechnungslegung durch die Taxiunternehmen, sowie darüber, dass eine prozentuale Rückrechnung der Gutscheine immer konstant bei 60 – 70 % liegt.

Statistisch gesehen seien etwa 2/3 der Nutzerinnen 60 Jahre und älter, von ihnen werden die Gutscheine meist zur Teilnahme am kulturellen und gesellschaftlichen Leben (Opernhaus, Theaterabonnement) verwendet.

Desweiteren würden auch 10 bis 15 in der Stadtverwaltung tätige Frauen die Gutscheine nutzen. Den Aufwand einer Einkommensprüfung hält sie für nicht gerechtfertigt.

Die Ausschussvorsitzende dankt Frau Wildner und möchte wissen, ob es bezüglich der Ausführungen Verständnisfragen gibt.

Herr Hildebrandt möchte wissen, ob die Nutzerinnen in Halle wohnhaft sein müssen und ob ein Einkommensnachweis vorgelegt werden muss. Frau Wildner antwortet, dass sich entweder der Haupt- oder der Nebenwohnsitz in Halle befinden muss. Einkommensnachweise seien nicht nötig, da es sich nicht um ein soziales Projekt handelt.

Herr Müller möchte wissen, warum die Gutscheine nur an Personen ab dem vollendeten 16. Lebensjahr ausgegeben werden und jüngere Mädchen in den Taxen den vollen Preis bezahlen müssen. Frau Wildner erwidert, dass jüngere Mädchen noch nicht im Besitz eines amtlichen

Dokumentes wie des Personalausweises sind und sich daher nicht ausweisen können. Jedoch sollte man gegebenenfalls nochmals über diese Problematik sprechen.

Desweiteren merkt Herr Müller an, dass es sich bei dem Projekt eigentlich um ein Projekt der Gefahrenabwehr handelt, es also im Bereich der Gleichstellung völlig falsch angesiedelt sei. Die Ausschussvorsitzende erklärt, dass die letzte Bemerkung keine Nachfrage sei, die Anmerkung jedoch aufgenommen wird.

Herr Kogge fragt nach, ob es in den letzten Jahren Veränderungen bezüglich der Zielgruppe/ Nutzerinnenstruktur gegeben habe.

Dies wird durch Frau Wildner verneint, jüngere Frauen seien häufig mobiler, d.h. sie seien heutzutage öfter im Besitz eines eigenen PKW. Außerdem erhöhe sich das subjektive Sicherheitsempfinden mit zunehmendem Alter und größerer Lebenserfahrung.

Frau Raab möchte wissen, ob es Erkenntnisse darüber gibt, dass sich der Anteil der Teilhabe an gesellschaftlichen Aktivitäten durch das Projekt erhöht hat.

Frau Wildner antwortet, dass dies nicht wirklich nachweisbar sei, jedoch war häufig aus Berichten von Nutzerinnen herauszuhören, dass sie bei Wegfall der Vergünstigungen zukünftig auf gesellschaftliche Aktivitäten verzichten müssten.

Herr Weinert möchte wissen warum die Zahl der jüngeren Nutzerinnen so gering ist. Frau Wildner informiert, dass es für diese Nutzergruppe zusätzlich noch das Projekt „fifty-fifty- Ticket“ gäbe.

Herr Bonan fragt nach dem prozentualen Anteil an Arbeitszeit, welche für die Vorbereitung und Ausgabe der Gutscheine aufgewandt wird. Frau Wildner erläutert, dass es sich hierbei um Stoßarbeiten in den Monaten Januar bis März und Oktober November handelt, welche zusätzlich zu den täglich anfallenden Arbeiten ausgeführt werden.

zu 7.2 Änderung der Satzung des Ausländerbeirates **Vorlage: V/2011/09629**

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Satenik Roth als stellvertretende Vorsitzende des Ausländerbeirates.

Frau Roth dankt für die Einladung und erklärt, dass sie als Vertretung für den Vorsitzenden des Ausländerbeirates, Herrn Dr. Diaby, sprechen wird.

Sie informiert über die durchgeführten Umstrukturierungen. So wurden im Vorfeld viele Gespräche geführt, Sitzungen und Arbeitsgruppen abgehalten, unter anderem unter Mitarbeit von Frau Schneutzer, Herrn Dr. Yousif und Herrn Mamad Mohamad. Der Entwurf der Satzung wurde fertiggestellt und dem Rechtsamt zur Prüfung vorgelegt. Hierbei wurde festgestellt, dass die Vorstellungen der Beteiligten nicht leicht realisierbar seien, so zum Beispiel war es nicht möglich das Rederecht in den Ausschüssen festzuschreiben. Momentan werden die Wahlen unter Mitarbeit der Integrationsbeauftragten vorbereitet und bis dahin ist der Ausländerbeirat weiterhin geschäftsführend tätig.

Frau Wolff möchte wissen, wann die letzte Wahl stattgefunden hat, wie viele Leute im Beirat sitzen und was sich eigentlich zur vorherigen Satzung geändert hat.

Frau Roth informiert darüber, dass der Ausländerbeirat derzeit aus 7 Mitgliedern besteht. Eigentlich sollte im November 2010 die Wahl des neuen Beirates stattfinden, ein schriftlicher Antrag bezüglich der Änderung von Struktur und Namen wurde gestellt. Die nächste Wahl soll nun so schnell wie möglich stattfinden.

Herr Kogge ergänzt, dass der Ausländerrat seine Satzung alleine bestimmen kann, von Seiten der Verwaltung gäbe es keinen Grund zum Eingreifen.

Frau Krausbeck fragt, ob die Wahl nach den neuen Strukturen stattfinden soll. Frau Roth antwortet, dass dies noch nach alten Strukturen geschehen wird.

Frau Schneutzer ergänzt, dass der Ausländerbeirat den Antrag zur Wahl gestellt hat und nun auf Antwort aus dem Dezernat III warte.

Die Ausschussvorsitzende dankt Frau Roth für die Ausführungen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Wolff möchte von Frau Bühler wissen, ob es den Koordinierungskreis Drogen noch gibt und wenn ja, wie oft sich dieser trifft. Sie bittet darum, dieses Thema in einer der nächsten Sitzungen des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses erneut aufzurufen.

Eine Aufstellung der genauen Daten zu den Suchtberatungsstellen der AWO und DROBS wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Dr. Yousif möchte wissen, was mit den durch die Liga der freien Wohlfahrtspflege gegen die Sparpläne der Stadtverwaltung übergebenen 2.200 Unterschriften passiert ist.

Herr Kogge entgegnet, dass er von der Liga selbst nichts bekommen hat, die Aktion selber laufe aber wohl über Youthpool.

Frau Krausbeck beantragt das Rederecht für Herrn Weise, um auf die Anfrage von Herrn Dr. Yousif zu antworten.

Der Antrag wird mit 4 Ja- Stimmen und 2 Nein- Stimmen angenommen.

Frau Krausbeck fragt weiterhin nach dem Labyrinth e.V.

Herr Weise informiert darüber, dass die Unterschriftenaktion bezüglich der Streichung freiwilliger Leistungen online und in allen Einrichtungen der Liga der freien Wohlfahrtspflege ausliegt und die Aktion verlängert wurde. Die Unterschriftenliste wird daher erst zur nächsten Stadtratssitzung übergeben.

Frau Bühler erläutert bezüglich des Koordinierungskreises Drogen, dass das Netzwerk weiter aufrecht erhalten werden soll. Der letzte vorliegende Netzwerkbericht stamme allerdings aus dem Jahr 2000. Ein neuer Bericht wird Ende 2011 vorgelegt, auch bezüglich zukünftiger Planung.

Frau Winter informiert darüber, dass der Labyrinth e.V. zwischenzeitlich Abschlagszahlungen erhalten hat. Eine Liste hierzu wird dem Protokoll ebenfalls beigefügt.

Frau Schneutzer gibt eine Antwort zur Anfrage von Frau Tomczyk- Radji. Sie führt aus, dass es bezüglich der Anerkennung von Berufsabschlüssen für Ausländer keine eindeutigen Aussagen über die Auswirkung des Gesetzes gibt. Bisher ist das Gesetz sehr oberflächlich gehalten, nun seien die Länder gefragt, hier einheitliche Regelungen zu schaffen. Momentan wird mit einem Leitfaden gearbeitet, welcher auch unter www.halle.de einzusehen ist.

Herr Dr. Yousif fragt nach der Statistik. Frau Schneutzer antwortet, dass eine zahlenmäßige Übersicht voraussichtlich zum nächsten Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss vorhanden sein wird. Sobald jedoch anderweitig klare Aussagen getroffen werden, gibt sie diese schriftlich in den Ausschuss.

zu 9 Anregungen

Die Ausschussvorsitzende regt an, die Idee des Themenspeichers aus dem Jugendhilfeausschuss zu übernehmen. Sie findet diese Methode sehr gut. Derzeit befände sich bereits die Charta im Themenspeicher.

Sie informiert darüber, dass es nach Rücksprache mit Frau Wildner problematisch sei, dieses Thema bereits in der Mai- Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses wieder aufzurufen, im Juni und August sei Frau Wildner ebenfalls nicht anwesend. Die Ausschussvorsitzende möchte sich daher diesbezüglich noch einmal mit Herrn Kogge besprechen.

Herr Dr. Yousif regt an, doch in zukünftigen Sitzungen des Ausschusses wieder Vereine oder ähnliche Institutionen zu besuchen und die Veranstaltung dann dort auch abzuhalten.

Frau Raab merkt an, dass man zukünftig den Ausschuss ausfallen lassen sollte, wenn sich keine Beschlussvorlagen auf der Tagesordnung befinden.

Frau Krausbeck bittet darum, die im Ausschuss ausgereichten Unterlagen auch an die Fraktionsgeschäftsstellen zu übergeben.

Herr Müller bittet darum, zukünftig mehr Augenmerk auf den elektronischen Versand von Unterlagen zu legen. Er weist nochmals darauf hin, dass seiner Meinung nach das „Frauen-Nacht-Taxi“- Projekt nicht zum Bereich Gleichstellung gehört, sondern eher im Dezernat von Dr. Wiegand bzw. Wirtschaftsförderung oder Kultur anzusiedeln sei.

Für die Richtigkeit:

Datum: 23.09.11

Susann Rudloff
stellv. Protokollführerin

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende